

# Einleitung

---

## **1.1 Grenzenloser Steuerungsoptimismus: Das Bild von der Universität Halle in der Forschung**

Im Jahr 1734 wurde in Göttingen die Universität gegründet. Die Georgia Augusta „gilt in der Universitätsgeschichte als zweite Paradehochschule der Aufklärung nach Halle“.<sup>1</sup> Der maßgebliche politische Akteur hinter dieser Gründung war der Minister Gerlach Adolph von Münchhausen, der neben seinen weiteren Ämtern fast 40 Jahre auch als Kurator der Universität wirkte. Münchhausen verfolgte mit der Universitätsgründung ein klares hochschulpolitisches Ziel: im Kurfürstentum Hannover eine Universität zu etablieren, die sich als prominenter Ort freier Wissenschaft unter den Universitäten im Alten Reich einen Namen machen sollte. Dabei orientierte er sich an dem Vorbild der Universität Halle, bei der er dieses Profil bereits am ehesten verwirklicht sah und die er auch als Student persönlich kennengelernt hat.<sup>2</sup>

Der Universitätsgründung in Göttingen lag also – folgt man der Forschungsmeinung – eine hochschulpolitische Zielvorstellung zugrunde, und die einzelnen Steuerungsmaßnahmen seitens Münchhausens dienten dazu, dieses Ziel umzusetzen. Daher hat man sich bereits bei der Etablierung der Universität dazu entschlossen, bewußt neue Wege zu beschreiten und in den Statuten der Universität Normen zu verankern, die

1 Steffen Martus: *Aufklärung. Das deutsche 18. Jahrhundert – ein Epochenbild*, 2. Aufl., Berlin 2015, S. 547.

2 Vgl. zur Gründungsgeschichte der Universität Göttingen Ulrich Hunger: *Die Georg August Universität als landesherrliche Gründung. Ein Bericht über ihre Genese*, in: „Eine Welt allein ist nicht genug“: Großbritannien, Hannover und Göttingen 1714–1837, hg. von Elmar Mittler, Göttingen 2005, S. 99–113; Notker Hammerstein: *Zur Geschichte der deutschen Universität im Zeitalter der Aufklärung*, in: *Res publica litteraria. Ausgewählte Aufsätze zur frühneuzeitlichen Bildungs-, Wissenschafts- und Universitätsgeschichte*, hgg. v. Ulrich Muhlack / Gerrit Walther, Berlin 2000, S. 11–42, hier S. 36–40; Hartmut Boockmann: *Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität*, Berlin 1999, S. 174–183; Josef Fleckenstein: *Die sozial- und geistesgeschichtlichen Voraussetzungen der Universität: Marginalien zur Entstehungsgeschichte der Georgia Augusta*, Göttingen 1987; Emil Franz Rössler (Hg.): *Die Gründung der Universität Göttingen: Entwürfe, Berichte und Briefe der Zeitgenossen*, Göttingen 1855.

in den Statuten früherer Universitätsgründungen nicht zu finden sind, insbesondere die akademische Lehrfreiheit in sämtlichen Fakultäten, die eine Einflussnahme auf die Lehrveranstaltungen der Professoren seitens der Theologischen Fakultät unterbinden sollte, und die Religionstoleranz; es war ausdrücklich vorgesehen, Studenten aller Konfessionen für ein Studium an der Universität Göttingen zu gewinnen. Wie die weitere Entwicklung der Universität Göttingen beweist, war der hochschulpolitischen Strategie des Ministers großer Erfolg beschieden, sah man die Universität Göttingen nur wenige Jahre nach ihrer Gründung als Leuchtturm der Gelehrsamkeit und als Ort der Innovation und Verbesserung der Wissenschaften. Die Universität Halle galt dabei als Vorbild, dem man an der Universität Göttingen nacheifern, das man aber möglichst auch übertreffen wollte.<sup>3</sup>

Mit der Universität Halle sind wir beim eigentlichen Gegenstand der vorliegenden Studie angekommen. Offenkundig hatte diese Universität, die 1691 gegründet wurde, in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts ein besonderes Profil etabliert, das sie von den anderen Universitäten im Alten Reich erkennbar abhob und für Münchhausen besonders attraktiv erscheinen ließ. Münchhausen kam in seiner Studentenzeit insbesondere mit den dort lehrenden Rechtsprofessoren in Kontakt, mit Christian Thomasius, Johann Peter von Ludewig, Nicolaus Hieronymus Gundling und Justus Henning Böhmer. Er war aber auch in seiner Zeit als Minister in das pietistische Korrespondenz-Netzwerk eingebunden, das die Mitarbeiter am Waisenhaus in Halle mit zahlreichen prominenten Personen in Deutschland und Europa verband.<sup>4</sup> Sowohl die thematischen Schwerpunkte der in Halle lehrenden Professoren – Naturrecht, Reichsgeschichte, Rationalismus, an der praktischen Lebensführung orientierte Frömmigkeit – als auch deren Ausstrahlung in alle Teile des Alten Reiches machten die Universität Halle für Münchhausen zu einem Modell, das es in Göttingen nachzuahmen und möglichst noch zu verbessern galt.

Das besondere Profil der Universität Halle in den ersten Jahrzehnten ihrer Existenz als Zentrum der Frühaufklärung und des Pietismus steht auch im Zentrum aller bisherigen Untersuchungen in der Universitätsgeschichtsschreibung zu deren Gründungsgeschichte. Dabei wird die hallische Universitätsgründung letztlich auf dieselbe Weise erzählt wie diejenige der Universität in Göttingen: zuerst habe es das hochschulpolitische Ziel gegeben, in Halle eine Reformuniversität zu etablieren, um der Universität ein neues und unverwechselbares Profil zu verleihen, und dieses Steuerungsziel sei von allen Akteuren gleichermaßen verfolgt worden, die mit der Universitätsgründung betraut waren: dem König, den Mitgliedern der Zentralbehörden sowie den in Halle lehrenden Gelehrten.

3 Vgl. nur Carl Haase: Die ersten Stufen der Entwicklung der Georgia Augusta zu Göttingen, in: *Göttingische Gelehrte Anzeigen* 235/6 (1983(84)), S. 271–289.

4 Vgl. hierzu Thomas Grunewald: Politik für das Reich Gottes? Der Reichsgraf Christian Ernst zu Stolberg-Wernigerode zwischen Pietismus, adligem Selbstverständnis und europäischer Politik, Halle 2020, Kap. 2.4.1.

Die Begriffe Steuerung und Governance haben hingegen in Arbeiten zur hallischen Universitätsgeschichte in den ersten Jahrzehnten nach ihrer Gründung bislang keine Rolle gespielt. Aber auch dann, wenn man sich nicht der Begriffe und der Ansätze der Steuerungsforschung bedient, trifft man Aussagen zu Steuerungsvorgängen, jedenfalls immer dann, wenn man Akteuren Intentionen und Wirkungsabsichten unterstellt oder Aspekte der Universität – z. B. deren inhaltliches Profil, institutionelle Besonderheiten, die Attraktivität der Einrichtung, das spezifische Lehrprogramm – auf bestimmte Akteure und deren Wirken zurückführt. Wie sieht also unser gegenwärtiges Bild von der Steuerung der Universität Halle Ende des 17. und zu Beginn des 18. Jahrhunderts aus?

Ein aktuelles Beispiel liefert Steffen Martus' Epochenbild zur deutschen Aufklärung. Über die mit der Universitätsgründung in Halle verfolgten politischen Ziele schreibt er:

„Die Universitäten bildeten die Berufseliten in Staat und Kirche aus. Gerade Staat und Kirche aber gerieten im Lauf des 17. Jahrhunderts so in Bewegung, dass die Universität auffällige Anpassungsbemühungen unternahm, um den Kontakt nicht zu verlieren. Die Programme der akademischen Frühaufklärung wirken dabei modern und vertraut. Man empfahl den Universitäten Internationalisierung (die Teilhabe an der europäischen Hofkultur), Orientierung am Berufsmarkt (eine Karriere im wachsenden Beamtenapparat des Territorialstaats), Verschulung des Studiums (als Führung und Leitung der Studenten) und Verkürzung der Studienzeit (als Kampf gegen scholastischen Gedächtnismüll). Im Rückblick erscheint es fast, als sei bildungspolitische Innovation etwas sehr Altes und als benötigte Beschleunigung sehr viel Zeit.“<sup>5</sup>

Martus greift bewusst Begriffe der heutigen akademischen Reformrhetorik auf, um der Universität Halle in seinem Aufklärungsbuch Profil zu verleihen. Allerdings sind seine Ausführungen gerade zu Fragen der Steuerung alles andere als klar und eindeutig. Einerseits war es bei ihm die Universität selbst, die in seiner Beschreibung notwendige „Anpassungsbemühungen“ unternahm. Andererseits wüsste der Leser gerne, wer sich hinter dem unpersönlichen „man“ verbergen könnte, der der Universität ein Reformprogramm anempfahl. Und schließlich wüsste man auch gerne genauer, was es mit den „Programme[n] der akademischen Frühaufklärung“ auf sich hat, die an der Universität Halle umgesetzt worden seien.

Martus suggeriert in seinem Buch eine Art Koalition zwischen Christian Thomasius einerseits – den er gerne gleichsetzt mit der „Universität der Aufklärung“ – und der preußischen Regierung bzw. dem König bzw. dem „Staat“. Zwischen diesen Größen wird bei ihm nicht weiter unterschieden.<sup>6</sup> Die Universität Halle wertet er von Beginn an „als politisches Experiment“, als „Teil eines ganzen Reformpakets“, ja als „Labor der Aufklärung“.<sup>7</sup> Martus hat dieses Bild von der Universität Halle als landesherrlichem

5 Martus: Aufklärung, S. 111.

6 Vgl. ebd., S. 128.

7 Ebd., S. 107, 111, 127.

Reformprojekt nicht erfunden. Vielmehr orientiert er sich bei seiner Aufklärungsgeschichte für die Universität Halle weitgehend an Notker Hammerstein, auf den das Bild von Halle als „Reformuniversität“ und als „Aufklärungsuniversität“ in großen Teilen zurückgeht.<sup>8</sup>

Hammersteins Erzählung zur Gründung der Universität Halle lautet wie folgt: Thomasius habe nach seinen Konflikterfahrungen an der Universität Leipzig seine Dienste dem Kurfürsten von Brandenburg angeboten und ihm den Vorschlag unterbreitet, in Halle eine neuartige Universität zu etablieren – befreit von den Fesseln der lutherischen Orthodoxie, angeführt von den Juristen als Vermittlern der für den Staat zentralen Normen und Werte, gedacht als Leuchtturm für neuartige Wissensfelder wie das Naturrecht, orientiert am praktischen Wohl des Landes und dem allgemeinen Nutzen statt an herkömmlichen Autoritäten, attraktiv auch für die Mitglieder des Adelsstandes und all diejenigen, die sich danach z. B. am Hof des Kurfürsten in preußische Dienste begeben wollten. Diese Vorschläge deckten sich mit den Zielen des Landesherrn und seien in Halle planmäßig in die Tat umgesetzt worden: „Entsprechend diesen Vorstellungen wurden die Wissenschaften organisiert, die Lehre fruchtbar gemacht und den Studenten ein neues Denken und eine neue Lebensführung beigebracht.“<sup>9</sup>

Hammerstein zieht anhand von Christian Thomasius' Äußerungen weitreichende Rückschlüsse, zum einen über den Innovationsgrad der hallischen Hochschule, zum anderen über die Absichten und Ziele der preußischen Regierung. Er hat damit, von wenigen kritischen Stimmen einmal abgesehen, bis heute Schule gemacht.<sup>10</sup> So wird das Profil der Universität Halle im einschlägigen Artikel des Handbuchs Europäische Aufklärung vollständig von Christian Thomasius abgeleitet: Er habe „ab 1693 mit der

8 Vgl. Hammerstein: *Jus und Historie*, S. 148 ff.; ders.: *Die Universitätsgründungen im Zeichen der Aufklärung*, in: Peter Baumgart / Notker Hammerstein (Hgg.): *Beiträge zu Problemen deutscher Universitätsgründungen der frühen Neuzeit*, Nendeln 1978 (Wolfenbütteler Forschungen, Bd. 4), S. 263–298; ders.: *Halles Ort in der deutschen Universitätslandschaft der Frühen Neuzeit*, in: Günter Jerouschek / Arno Sames (Hgg.): *Aufklärung und Erneuerung. Beiträge zur Geschichte der Universität Halle im ersten Jahrhundert ihres Bestehens (1694–1806)*, Hanau 1994, S. 18–29; ders.: *Aufklärung und Universitäten in Europa. Divergenzen und Probleme*, in: Ders. (Hg.): *Universitäten und Aufklärung*, Göttingen 1995, S. 191–205; ders.: *Innovation und Tradition. Akademien und Universitäten im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation*, in: *Historische Zeitschrift* 278 (2004), S. 590–623.

9 Hammerstein: *Halles Ort*, S. 25.

10 Zu den kritischen Stimmen vgl. Udo Sträter: *Investiturrede. „Eine wunderliche conjunctio Planetarum zu Halle“ – oder: Wie eine Reformuniversität entstanden ist*, in: *Hallische Universitätsreden*, Bd. 1, Halle 2012, S. 5–21; ders.: *Aufklärung und Pietismus – das Beispiel Halle*, in: Notker Hammerstein (Hg.): *Universitäten und Aufklärung*, Göttingen 1995, S. 49–61; Günter Jerouschek: *Arbeit am Mythos. Thomasius und die Gründung der Universität Halle*, in: Heiner Lück (Hg.): *Christian Thomasius (1655–1728). Wegbereiter moderner Rechtskultur und Juristenausbildung*, Hildesheim 2006, S. 311–325; Andreas Pečar: *Die Universitätsgründung der Fridericiana in Halle. Eine Motivsuche*, in: Frank Göse u. a. (Hgg.): *Preußen und Sachsen. Szenen einer Nachbarschaft*, Dresden 2014, S. 60–68; Marianne Taatz-Jacobi: *Erwünschte Harmonie. Die Gründung der Friedrichs-Universität Halle als Instrument brandenburg-preußischer Konfessionspolitik – Motive, Verfahren, Mythos (1680–1713)*, Berlin 2014.

Gründung der Universität Halle eine deutschlandweite Reformbewegung“ eingeleitet, er habe ferner den Weg geebnet „zu einer durch eine stärkere Praxisorientierung gekennzeichneten universitären Ausbildung, die für alle Fakultäten galt.“<sup>11</sup> Wenn die Universität Halle zu Beginn des 18. Jahrhunderts über ein unverwechselbares Profil verfügte, so muss man diese Äußerungen wohl verstehen, dann lag das vor allem an einem Gelehrten, an Thomasius, der für seine Pläne offenbar die volle Rückendeckung aus Berlin erhalten habe.

Die Autoren der Universitäts- und Aufklärungsforschung greifen bei ihren Aussagen nicht auf Modelle der Governance-Forschung zurück und benutzen auch nicht den Begriff der Steuerung. Versucht man aber, deren Interpretation von der Universität Halle als Reform- und Aufklärungsuniversität in Begriffen der Steuerungsforschung auszudrücken, so lässt sich konstatieren: Nach dem heutigen Stand der Forschung scheint die Erfolgsgeschichte der Universität Halle ein Ergebnis besonders erfolgreicher Steuerung der maßgeblichen Akteure zu sein, nämlich durch Thomasius in Halle und der nicht näher bestimmten politischen Autorität in Berlin. Und diese Governance leistete, folgt man dem gängigen Bild, einen wesentlichen Beitrag, um aus Halle ein Reformmodell und ein Aufklärungslabor zu machen: „Hier war ein neuer Wissenschaftsbegriff, eine neue Universitätspraxis und ein neues Universitätsleben verwirklicht worden“,<sup>12</sup> so Hammerstein.

Wie stichhaltig diese Interpretation auf der empirischen Ebene ist, wird in den folgenden Kapiteln unter die Lupe genommen. Hier geht es zunächst darum zu prüfen, welches Steuerungsmodell dieser Interpretation zugrunde liegt. Es fällt eigentümlich schlicht aus und ist kennzeichnend für einen ungebremsen Steuerungsoptimismus: Was die genannten Akteure wollten, wurde umgesetzt und dadurch historische Realität. Und der Umkehrschluss scheint gleichfalls zu gelten: Das Profil, das die Universität in den ersten Jahrzehnten ihres Bestehens auszeichnete, scheint von den Akteuren planmäßig herbeigeführt worden zu sein. Dabei waren sich die Akteure – von denen eigentlich nur Christian Thomasius bei Notker Hammerstein näher in den Blick genommen wird – untereinander einig, was zu tun sei; eine kaum zu glaubende Aussage über Universitäten und ihre Mitglieder.

Nun steht Christian Thomasius als Repräsentant der „Frühaufklärung“ gewissermaßen nur für die eine Hälfte der Universität Halle, deren Profil seit ihrer Gründung in der Universitätsgeschichtsschreibung gerne mit dem Begriffspaar Aufklärung und Pietismus umschrieben wird. Für die andere Hälfte, den Pietismus, rückt bereits in der klassischen Darstellung Wilhelm Schraders zur Universitätsgeschichte August

11 Christophe Losfeld: Art. Universitäten/Akademien, in: Heinz Thoma (Hg.): Handbuch Europäische Aufklärung. Begriffe, Konzepte, Wirkung, Stuttgart/Weimar 2015, S. 506–516, hier S. 508.

12 Hammerstein: Halles Ort, S. 24.

Hermann Francke als eine Art zweiter Universitätsgründer in den Blick.<sup>13</sup> Und auch die Pietismusforschung hat die Universität Halle als Reformuniversität charakterisiert, als von Berlin aus geschaffene Heimstadt für verfolgte Pietisten, um die Universität Halle zu einem „pietistischen Bollwerk gegenüber der Orthodoxie“ zu machen.<sup>14</sup> Auch in dieser Erzählung wird das besondere Profil, das die Universität, und hier insbesondere die Theologische Fakultät, im Laufe ihrer Gründungsphase zunehmend auszeichnete, mit den Steuerungszielen aller beteiligten Akteure in Berlin und in Halle gleichgesetzt.<sup>15</sup> Auch hier haben die beteiligten Akteure all das gewollt und planmäßig geschaffen, was später die Institution kennzeichnete. So heißt es beispielsweise bei Johannes Wallmann, dass Francke „Halle zu einer universalen Reformuniversität weiterbilden“ wolle.<sup>16</sup> Diese Annahme einer geradezu wundersamen Symbiose von Intention und Wirkung, von den Interessen des Landesherrn und seiner Amtsträger sowie der in Halle berufenen Gelehrten brachte Carl Hinrichs mit dem Begriffspaar „Preußentum und Pietismus“ treffend auf den Punkt. Auch hier wird zu untersuchen sein, ob dieses Bild einer empirischen Überprüfung standhält.

Gemessen an den in der Governance-Forschung ebenso wie in der Policyforschung intensiv diskutierten möglichen Problemfeldern bei der Implementierung von Normen, dem Problem der nicht-intendierten Folgen von Steuerungsimpulsen und möglichen kombinatorischen Effekten sich überlagernder bzw. gegenläufiger Steuerungsimpulse wäre das skizzierte Modell von der Reformuniversität Halle, die in ihrem Profil – Aufklärung und Pietismus – das folgerichtige Ergebnis intentionalen Handelns war, ein ganz besonders außergewöhnlicher Fall erfolgreicher Steuerung: Steuerungsabsichten scheinen sich in der historischen Wirklichkeit widerzuspiegeln, Impulse sich umstandslos umsetzen zu lassen.<sup>17</sup>

13 Vgl. Wilhelm Schrader: *Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle*, 2 Bde., Berlin 1894, hier Bd. 1, S. 19–28. Zu Franckes Berufung an die Universität s. u. Kap. 6.1.1.

14 Mit kritischer Perspektive Taatz-Jacobi: *Harmonie*, S. 23; klassisch Klaus Deppermann: *Der hallesche Pietismus und der preußische Staat unter Friedrich III. (I.)*, Göttingen 1961, S. 62 ff.; Carl Hinrichs: *Preußentum und Pietismus. Der Pietismus in Brandenburg-Preußen als religiös-soziale Reformbewegung*, Göttingen 1971.

15 Kritik daran von Veronika Albrecht-Birkner: *Francke in Glaucha. Kehrseiten eines Klischees (1692–1704)*, Tübingen 2004; Sträter: *Aufklärung und Pietismus*, S. 49.

16 Johannes Wallmann: *Der Pietismus*, Göttingen 1990, S. 79.

17 Vgl. Günther Jerouschek / Arno Sames (Hgg.): *Aufklärung und Erneuerung. Beiträge zur Geschichte der Universität Halle im ersten Jahrhundert ihres Bestehens (1694–1806)*, Hanau 1994, S. 14 (Einleitung): „Mit den Stichworten ‚Aufklärung‘ und ‚Erneuerung‘ läßt sich nachgerade die Programmatik der Gründungsgeneration der Fridericiana charakterisieren: Man wollte heraus aus dem autoritätsfixierten Wissenschaftsbetrieb des konfessionellen Zeitalters, man insistierte auf Erfahrungs- und Rationalitätskriterien im Wissenschaftsvollzug, strebte nach kognitiver Erhellung der Wirklichkeit, nach Lebens- und Berufspraxis, man traute der deutschen Sprache wissenschaftliches Artikulationsvermögen zu und beabsichtigte bildungsbürgerliche Öffnung. Mit einem Wort: Man wollte eine Reformuniversität sein [...] Pietismus [...] und Aufklärung [...] haben nachhaltig den raschen Aufstieg der Fridericiana befördert und ihr Profil geprägt“.

Unsere Erwartungshaltung ist eine gänzlich andere, wenn man neuere Forschungen in der Sozial- und der Politikwissenschaft zu Vorgängen von Steuerung berücksichtigt. Aber auch die Ergebnisse der Debatten der letzten zwei Jahrzehnte in der Geschichtswissenschaft über Staatsbildung, Sozialdisziplinierung und Policyforschung lassen daran zweifeln, dass die Geschichte von der Gründung und Entwicklung der Universität Halle weiterhin als das Ergebnis eines Masterplans einiger weniger Gelehrter erzählt werden kann.

### **1.2 Steuerung und Governance: das Potential dieser Begriffe für die Universitätsgeschichte**

Wenn in einer Untersuchung zur Universitätsgeschichte des frühen 18. Jahrhunderts auf die Begriffe Steuerung und Governance zurückgegriffen werden soll, auf Begriffe also, die zum einen unsere gegenwärtigen hochschulpolitischen Debatten prägen, zum anderen aus Forschungskontexten stammen, die zumeist der Analyse von Gegenwartsgesellschaften des westlichen Kulturkreises dienen, dann ist ein kurzes Wort der Klärung angebracht. Wir bedienen uns dieser Begriffe, die den Zeitgenossen des 18. Jahrhunderts völlig unbekannt waren, mit der „Zuversicht des Historikers, Erkenntnisgewinn gerade aus Anachronismen zu schöpfen“, wie es der Mediävist Frank Rexroth so schön formuliert hat.<sup>18</sup> Anhand gegenwärtiger analytischer Begriffe wie Steuerung und Governance lassen sich präzise Fragen an das kommunikative Handeln der historischen Akteure ableiten und daraus Schlussfolgerungen ziehen, die einen Vergleich zwischen der fernen Vergangenheit und der Gegenwart ermöglichen. Zuvor muss allerdings angesprochen werden, in welchen Forschungskontexten die Begriffe Steuerung und Governance prominent verwendet werden und welche Prämissen mit der Wahl dieser Begriffe einhergehen.

In der Politikwissenschaft und in der Soziologie sind die Begriffe Steuerung und Governance seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend an die Stelle des Begriffes Herrschaft getreten. Mit dem Begriff der Steuerung hat die Politikwissenschaft in den 70er Jahren zunächst vor allem das Regierungshandeln bezeichnet. Steuerung erschien für Regierungshandeln in einer demokratischen Gesellschaft als ein angemessenerer Begriff als Herrschaft. Außerdem trug man durch diesen Sprachgebrauch auch der Tatsache Rechnung, dass Politik und Regierungshandeln immer mehr Themenfelder mit ins Visier nahm, der Gegenstandsbereich für politisches Handeln – für Steuerung – sich stark ausweitete und nicht mehr nur auf die klassischen Politikfelder (innere und äußere Sicherheit) beschränkte. Stets ging es bei Steuerungsvorgängen

18 Frank Rexroth: Fröhliche Scholastik. Die Wissenschaftsrevolution des Mittelalters, München 2018, S. 18.

darum, Menschen auf unterschiedlichen Wegen und mit unterschiedlichen Mitteln zu einem bestimmten Verhalten zu bewegen.

Zunehmend wurde der Begriff der Steuerung auch auf „nichtstaatliche Akteure“ ausgeweitet, d. h. der Begriff meint nun nicht mehr nur Regierungshandeln, sondern auch jede Form politischer Einflussnahme oder Intervention. Im Zusammenhang mit dieser Ausweitung des Begriffs rückten nun auch persönliche Netzwerke,<sup>19</sup> nichtstaatliche Institutionen, beispielsweise Interessenvertretungen, ins Visier der Steuerungsforschung.<sup>20</sup> Mit dem Begriff der Steuerung geht die Fragestellung einher, wie durch bewusst gesetzte Impulse unter spezifischen Rahmenbedingungen bestimmte Wirkungen erzielt werden können.<sup>21</sup> Darunter fallen jegliche Handlungen, mit denen Akteure z. B. innerhalb von Institutionen auf die anderen Mitglieder einwirken, deren Handeln beeinflussen, die Institution bzw. deren Mitglieder auf gemeinsame Ziele verpflichten. Dabei wird Steuerung nicht nur als top-down-Vorgang verstanden, sondern ebenso auch als bottom-up-Kommunikation: Steuerungsimpulse können von der Unternehmensführung ebenso ausgehen wie von der Mitarbeitervertretung, von Dekanen und Rektoren ebenso wie von Studentenvertretern oder einzelnen Dozenten. Die Chancen auf erfolgreiche Durchsetzung der ursprünglich beabsichtigten Zielsetzung mögen in all diesen Fällen unterschiedlich sein; um Steuerungsimpulse handelt es sich aber jedes Mal.

Der Blick auf die Rahmenbedingungen, durch die Steuerungsimpulse beeinflusst werden, wird beispielsweise von Renate Mayntz als Unterscheidungskriterium eingeführt, um die Begriffe Steuerung und Governance voneinander abzuheben. Steuerung wird Mayntz zufolge als Begriff vor allem dazu benutzt, das individuelle Handeln der Akteure zu beschreiben, während Governance eher auf die Rahmenbedingungen abzielt, insbesondere auf die Institutionen, in denen sich Steuerungshandeln abspielt.<sup>22</sup> Dabei habe sich der Fokus der Politikwissenschaft in den vergangenen Jahren zunehmend von ersterem zu letzterem verschoben, so Mayntz Einschätzung der Forschungsentwicklung. Ob diese Analyse auch auf die Themenfelder jenseits von Regierungshandeln übertragbar ist, sei dahingestellt. Wenn beispielsweise im Rahmen moderner Universitätspolitik von Governance die Rede ist, so scheint darunter sowohl der Rahmen gemeint zu sein, der Forschung und Lehre an den Universitäten regelt,

19 Vgl. Andreas Wald / Dorothea Jansen: Netzwerke, in: Benz u. a. (Hgg.): Handbuch Governance: theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden 2007, S. 93–105; Dorothea Jansen: Netzwerkansätze in der Organisationsforschung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54 (2002), S. 88–118.

20 Vgl. Arthur Benz: Verhandlungen, in: Ders. u. a. (Hgg.): Handbuch Governance, S. 106–118, hier S. 106.

21 Vgl. etwa Arthur Benz / Nicolai Dose (Hgg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, 2. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 24–26.

22 Vgl. Renate Mayntz: Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie? In: Gunnar Folke-Schuppert (Hg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien, 2. Aufl., Baden-Baden 2006, S. 11–20, hier S. 16 f.



beispielsweise über Zielvereinbarungen, als auch individuelles Steuerungshandeln, insbesondere von Mitgliedern der Hochschulleitung.<sup>23</sup> Ferner beschleicht den Leser in zahlreichen Beiträgen zu Steuerung und Governance der Eindruck, dass die beiden Begriffe synonym gebraucht werden.<sup>24</sup> Für unsere Zwecke ist das Definitionsangebot von Mayntz dennoch sehr hilfreich, um die Begriffe Steuerung und Governance voneinander abzugrenzen. Es wird darauf zu achten sein, dass sowohl die individuellen Steuerungsimpulse als auch die Rahmenbedingungen unbedingt Gegenstand der Analyse sein müssen.

Ein zentrales Ergebnis der gegenwärtigen Governance-Forschung scheint die Feststellung zu sein, dass Steuerungshandeln und Steuerungsabsichten keineswegs deckungsgleich sind mit „Steuerungserfolg“.<sup>25</sup> Hier scheint der Steuerungsoptimismus der frühen 70er Jahre zunehmend einer immer stärkeren Skepsis gewichen zu sein.<sup>26</sup> Besonders ausgeprägt ist diese Skepsis bei den Autoren systemtheoretischer Darstellungen.<sup>27</sup> Für unsere Zwecke ist diese grundsätzliche Debatte insofern wichtig, als in ihr deutlich wird, dass man Steuerungsimpulsen nicht von vornherein Erfolg unterstellen sollte, und dass die jeweiligen Rahmenbedingungen und Widerstände bei einer Untersuchung von Steuerungshandeln zwingend in die Analyse mit einfließen müssen.

Dies gilt wohl gerade für eine Untersuchung zur Steuerung von Universitäten. Auch wenn man die Steuerungsfähigkeit staatlicher Akteure positiver beurteilt als es die Anhänger der Systemtheorie tun, besteht doch in einem Aspekt weitgehende Einigkeit: Das Feld der Wissenschaft und die Universitäten als Organisationen scheinen für gegenwärtige staatliche Steuerungsversuche besonders schwer zugänglich zu sein, obwohl dieses Feld nur aufgrund staatlicher Mittel überhaupt bespielt werden kann.<sup>28</sup> Dies kann man beklagen und mit Begriffen kennzeichnen wie „endogenes Governance-Defizit“ oder gar mit „Gemeinschaftsversagen“ der Wissenschaft, oder man kann

23 Vgl. Frank Meier / Uwe Schimank: Neue Steuerungsmuster an den Universitäten. Mögliche Folgen für die geisteswissenschaftliche Forschung, in: Dorothee Kimmich / Alexander Thumfart (Hgg.): *Universität ohne Zukunft?* Frankfurt a. M. 2004, S. 97–123.

24 Vgl. nur Michael Zürn: *Regieren jenseits des Nationalstaats*, Frankfurt a. M. 1998, S. 169 f., wenn er schreibt über „governance by government“ (weitgehend klassisches Regierungshandeln), „governance with government“ (Kommunikation unter Einbeziehung von staatlichen Akteuren, wenn auch nicht exklusiv) und „governance without government“ (Kommunikation nichtstaatlicher Akteure); in allen drei Fällen geht es Mayntz zufolge um Steuerung, nicht um die dafür gegebenen Rahmenbedingungen.

25 Vgl. hierzu nur den Hinweis von Mayntz: *Governance Theory*, S. 12.

26 Vgl. hierzu auch die knappen Aussagen bei Arthur Benz u. a. (Hgg.): *Handbuch Governance*, S. 12 f.

27 Vgl. hierzu Helmut Wilke: *Entzauberung des Staates. Grundlinien einer systemtheoretischen Argumentation*, in: *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft 1* (1987), S. 285–308; ders.: *Ironie des Staates. Grundlinien einer Staatstheorie polyzentrischer Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1992; *Zur Kritik an diesem staatlichen Steuerungsskeptizismus* Gunnar Folke-Schuppert: *Governance im Spiegel von Wissenschaftsdisziplinen*, in: Ders. (Hg.): *Governance-Forschung*, S. 371–469, hier S. 375–378 (mit weiterer Literatur).

28 Vgl. nur Andreas Stucke: *Staatliche Akteure der Wissenschaftspolitik*, in: Dagmar Simon u. a. (Hgg.): *Handbuch Wissenschaftspolitik*, Wiesbaden 2016, S. 485–498, hier S. 492 f.

hervorheben, dass es gerade auf diesem Feld der Mitwirkung und der Partizipation von Wissenschaftlern bei jeglichen Steuerungsversuchen bedarf.<sup>29</sup> Nur wenn es gelinge, gesellschaftliche Probleme in wissenschaftliche Probleme zu übersetzen, bestehe eine vage Aussicht darauf, dass Institutionen wie die Universitäten dazu in der Lage seien, zur Problemlösung einen Beitrag zu leisten.<sup>30</sup> Zugleich wird aber konstatiert, dass die Möglichkeiten „externer Akteure, mittels Governance ihre Intentionen zu verwirklichen“,<sup>31</sup> in der Wissenschaft begrenzt sind.

Inwiefern die Universität Halle auch um 1700 bereits durch obrigkeitliche Steuerungsimpulse schwer zu beeinflussen war oder nicht, gilt es in der vorliegenden Untersuchung zu prüfen. Das existierende Bild, das die Universitätsgeschichte von den Gründungsjahren der Universität zeichnet, geht ja in die diametral andere Richtung und unterstellt maximale Durchsetzungserfolge von Steuerungsideen einiger weniger Akteure. Dieses Bild entstand jedoch, ohne die skeptischen Hinweise beispielsweise Helmut Wilkes auf gängige Missverständnisse im Zusammenhang mit dem Phänomen der Steuerung zu berücksichtigen. Wilke nennt als typischen Fehlschluss, „dass ein Teil für das Ganze genommen, von der Veränderung eines Aspekts linear auf die Veränderung des Ganzen geschlossen wird.“<sup>32</sup> In einem solchen Sinne werden gerne Christian Thomasius und August Hermann Francke als Verkörperung der Universität Halle insgesamt angesehen, statt nach deren Vernetzung unter ihren Kollegen zu fragen. Ihre Absichten und Vorschläge werden gerne als Teil der historischen Realität wahrgenommen, statt die praktische Umsetzung dieser Vorschläge eigens zu erforschen.

Als ein weiteres verbreitetes Grundproblem benennt Willke, dass „der qualitative Unterschied zwischen individuellen Interaktionen (und deren Beeinflussung) einerseits und den kombinatorischen Effekten von nicht-linear, reaktiv und diskontinuierlich vermittelten [...] Interaktionen andererseits nicht berücksichtigt wird“.<sup>33</sup> Auch diesen Hinweis gilt es im Blick zu behalten, und nicht nur individuelle Steuerungsimpulse zu untersuchen, sondern auch danach zu fragen, welche Folgen sich aus der Art und Weise ergeben, wie die verschiedenen Akteure an der Universität Halle und im persönlichen Umfeld des Landesherrn miteinander kommunizierten, und wie sich durch diese Wechselbeziehungen unintendierte Effekte ergeben konnten, die letztlich keiner der Akteure so beabsichtigt hat.

Ein Ergebnis der hier vorliegenden Untersuchung sei bereits vorweggenommen: Das heute etablierte Bild von der Universität Halle als Reformuniversität, die zu Beginn des 18. Jahrhunderts exakt das leistete, was deren Initiatoren beabsichtigt hatten, ist die

29 Jochen Gläser / Stefan Lange: Wissenschaft, in: Arthur Benz u. a. (Hgg.): Handbuch Governance, S. 437–451, hier S. 438.

30 Vgl. ebd., S. 446.

31 Ebd., S. 447.

32 Vgl. Helmut Willke: Systemtheorie I: Grundlagen. Eine Einführung in die Grundprobleme der Theorie sozialer Systeme, 5. Aufl., Stuttgart 1996, S. 207.

33 Ebd., S. 209.

Folge ebenjener Fehlschlüsse, vor denen Willke seine Leser warnt. Um in der hier vorgelegten Untersuchung solche Fehlschlüsse zu vermeiden, sind deren Fragestellungen und deren Untersuchungsansatz von der Steuerungs- und Governance-Forschung inspiriert.

### 1.3 Die historischen Rahmenbedingungen um 1700

Was mag es für einen Nutzen haben, die für die Beschreibung der westlichen Gegenwartsgesellschaft entwickelten Begriffe Steuerung und Governance in einer geschichtswissenschaftlichen Untersuchung an den Verhältnissen Brandenburg-Preußens zu Beginn des 18. Jahrhunderts zu erproben, also unter gänzlich anderen politischen und sozialen Rahmenbedingungen? Ein Grund für die Etablierung des Steuerungsbegriffs in der Politik- und Sozialwissenschaft war, dass man aktuelles Regierungshandeln nicht ohne weiteres als Herrschaft verstehen möchte. Für das Verständnis von Regierungshandeln um 1700 ist der Begriff der Herrschaft jedoch zentral – dem Kurfürsten und später dem König ist dessen Herrschaftsanspruch niemals abgesprochen worden, und für die Kommunikation zwischen dem Landesherrn, seinen Amtsträgern und den Universitätsgelehrten war die ganze Rhetorik darauf abgestellt, das Herrschaftsverhältnis auf angemessene Weise zum Ausdruck zu bringen. Wenn also der Steuerungs begriff zur Beschreibung ebendieser Kommunikation verwendet werden soll, dann kann es nicht darum gehen, den Begriff an die Stelle von Herrschaft zu setzen. Vielmehr geht es darum, die herrscherliche Politik und das Regierungshandeln oder die Einbeziehung des Herrschers und seiner Amtsträger bei Steuerungsimpulsen der nichtstaatlichen Akteure besser zu verstehen. Inwiefern hierbei die Begriffe der Steuerungs- und der Governance-Forschung hilfreich sein können, soll nun kurz begründet werden.

Geht es um die Herrschaft in Brandenburg-Preußen in der Zeit um 1700, so lautete der passende Begriff dafür lange Jahre Absolutismus.<sup>34</sup> Absolutistische Herrschaft klingt wie das genaue Gegenbild zu demokratischem Regierungshandeln mit dem Mittel politischer Steuerung. Brandenburg-Preußen war im 17. und im 18. Jahrhundert eine hierarchische Ständegesellschaft, die ständische Lage sowie die Nähe zum Thron spielten eine zentrale Rolle für die Frage nach den Möglichkeiten der Teilhabe

34 Vgl. nur exemplarisch Hans Rosenberg: *Bureaucracy, Aristocracy, and Autocracy. The Prussian Experience, 1660–1815*, 3. Aufl., Cambridge (Mass.) 1968; Gerhard Oestreich: *Friedrich Wilhelm I. Preußischer Absolutismus, Merkantilismus, Militarismus*, Göttingen 1977; Gerd Heinrich: *Geschichte Preußens. Staat und Dynastie*, Berlin 1981; Wolfgang Neugebauer: *Brandenburg im absolutistischen Staat. Das 17. und 18. Jahrhundert*, in: Ingo Materna / Wolfgang Ribbe / Kurt Adamy (Hgg.): *Brandenburgische Geschichte*, Berlin 1994, S. 291–394; ders.: *Das preußische Kabinett in Potsdam. Eine Verfassungsgeschichtliche Studie zur Zentralsphäre in der Zeit des Absolutismus*, in: *Jahrbuch für die brandenburgische Landesgeschichte* 44 (1993), S. 69–115; ders.: *Potsdam – Berlin. Zur Behördentopographie des preußischen Absolutismus*, in: Bernhard R. Kroener (Hg.): *Potsdam. Staat, Armee, Residenz in der preußisch deutschen Militärgeschichte*, Frankfurt a. M. / Berlin 1993, S. 281–296.

an Herrschaft und politischer Entscheidungsfindung. Gleichwohl heben zahlreiche Historiker in den Debatten über Staatsbildung, Bürokratisierung und die Interaktion zwischen dem Herrscher, der Residenz, den Zentralbehörden, dem Fürstenhof und den zahlreichen Institutionen und Amtsträgern im gesamten Herrschaftsgebiet darauf ab, dass akzeptanzorientierte Herrschaft in der Praxis nur funktionierte, wenn unterschiedliche Gruppen eingebunden wurden und sie die Gelegenheit hatten, ihre Interessen zu artikulieren.<sup>35</sup>

Für die hier vorliegende Untersuchung scheinen folgende Trends der Forschung besonders anschlussfähig zu sein:

- Historiker haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten für ganz unterschiedliche Monarchien und Fürstentümer übereinstimmend dargelegt, dass in der als Epoche des Absolutismus benannten Zeitspanne von 1660 bis 1750 kein Übergang vom Ständestaat zu einem „modernen Administrativstaat“ stattgefunden habe.<sup>36</sup> Herrschaft vollzog sich insbesondere an der Spitze weiterhin in der Form persönlicher Beziehungen und Dienstverhältnisse zwischen König, Hofadel und den wichtigsten Amtsträgern der Krone, nicht ausschließlich in der Logik von Amtskompetenzen und formalen Zuständigkeiten.<sup>37</sup> Patronage- und Klientelbeziehungen waren vorherrschende Ressourcen in diesem Beziehungsgeflecht, nicht fachliche Qualifikation und formale Amtskompetenz. Die monarchische Herrschaftspraxis zeichnete sich auch in der Epoche des Absolutismus mehr durch eine Beibehaltung und durch die Verteidigung traditioneller Strukturen aus als durch eine Zentralisierung, Modernisierung und Bürokratisierung von Herrschaft.<sup>38</sup>
- Ausgangspunkt der jüngsten Untersuchungen zur frühmodernen Herrschaftspraxis ist nicht die Fiktion einer alles umfassenden monarchischen Herrschaftsgewalt, sondern ganz im Gegenteil das Problem der weitgehenden Durchsetzungs-

35 Vgl. für Brandenburg-Preußen exemplarisch Ralf Prüve / Norbert Winnige (Hgg.): *Wissen ist Macht. Herrschaft und Kommunikation in Brandenburg-Preußen 1600–1850*, Berlin 2001.

36 Vgl. hierzu Leonhard Horowski: *Hof und Absolutismus: was bleibt von Norbert Elias' Theorie?* In: Lothar Schilling (Hg.): *Absolutismus, ein unersetzliches Forschungskonzept? Eine deutsch-französische Bilanz*, München 2008, S. 143–171.

37 Zur Hofforschung vgl. Leonhard Horowski: *Der Preis des Erfolgs: Gunst, Kapital und Patrimonialisierung am Hof von Versailles (1661–1789)*, in: *Zeitschrift für Historische Forschung* 36 (2009), S. 71–91; ders.: *Die Belagerung des Thrones: Machtstrukturen und Karrieremechanismen am Hof von Frankreich 1661–1789*, Ostfildern 2012; ders.: *Das Erbe des Favoriten: Minister, Mätressen und Günstlinge am Hof Ludwigs XIV.*, in: Jan Hirschbiegel / Werner Paravicini (Hgg.): *Der Fall des Günstlings: Hofparteien in Europa vom 13. bis zum 17. Jahrhundert*, Ostfildern 2004, S. 77–125; Andreas Pečar: *Die Ökonomie der Ehre. Der höfische Adel am Kaiserhof Karls VI. (1711–1740)*, Darmstadt 2003. Anders Rudolf Schlögl: *Der frühneuzeitliche Hof als Kommunikationsraum: Interaktionstheoretische Perspektiven der Forschung*, in: Frank Becker (Hg.): *Geschichte und Systemtheorie: Exemplarische Fallstudien*, Frankfurt a. M. 2004, S. 185–226; Mark Hengerer: *Kaiserhof und Adel in der Mitte des 17. Jahrhunderts. Eine Kommunikationsgeschichte der Macht in der Vormoderne*, Konstanz 2004.

38 Vgl. William Beik: *The Absolutism of Louis XIV as social collaboration*, in: *Past & Present* 188 (2005), S. 195–224.

schwäche frühmoderner Staaten.<sup>39</sup> Von diesem Befund ausgehend lautet die Frage, mit welchen Mitteln sich die Regierung darum bemühte, Normen zu implementieren und ihre Durchsetzung zu ermöglichen. Dies machte die Kommunikation der Regierung bzw. von ihr beauftragter Amtsträger vor Ort mit lokalen Eliten unerlässlich. Diese Kommunikationsvorgänge werden in der deutschsprachigen Forschung bezeichnet als „Aushandeln“, als „konsensorientierte Herrschaft“ oder als „akzeptanzorientierte Herrschaft“, William Beik spricht von „social collaboration“.<sup>40</sup>

- Für eine akzeptanzorientierte Herrschaft zentral war eine weitgehende Einigkeit zwischen Herrschern und Beherrschten über die Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und gedeihlicher Herrschaft, wie sie sich im Begriff der „Guten Policy“ widerspiegeln. Eine Verdichtung und Intensivierung von Herrschaft war in den Augen aller Beteiligten kein Problem, solange damit den Ordnungskriterien einer „Guten Policy“ besser entsprochen werden konnte.

Gerade die Interpretation frühneuzeitlicher Herrschaftspraxis als konsensorientierte Herrschaft durch Aushandeln ist unmittelbar anschlussfähig für die Forschungsbegriffe Steuerung und Governance. Im Bild des Aushandelns wird Herrschaft insbesondere als kommunikativer Vorgang verstanden, in dem unterschiedliche Dialogpartner sich auf Entscheidungen gemeinsam verständigen oder zumindest die Gelegenheit wahrnehmen, ihre Positionen zu artikulieren, auch wenn diesen Positionen keineswegs immer entsprochen wurde. Diese kommunikativen Akte sind Steuerungsimpulse mit dem Ziel, auf die politische Entscheidungsfindung Einfluss zu nehmen. Solche Steuerungsimpulse konnten sowohl vom Landesherrn bzw. seinen Amtsträgern am Hof und in der Zentralverwaltung ausgehen, ebenso aber auch von allen übrigen Amtsträgern bzw. Akteuren, sofern es ihnen gelang, für ihre Positionen Gehör zu finden. Der Vorteil am Konzept der Steuerung ist, dass es politisches Handeln nicht gleichsam automatisch mit Regierungshandeln oder – im Falle frühneuzeitlicher Fürstenherrschaft – mit Anweisungen der Obrigkeit gleichsetzt, sondern auch Steuerungsimpulse all derjenigen

39 Besonders zugespitzt vgl. Jürgen Schlumbohm: Gesetze, die nicht durchgesetzt werden. Ein Strukturmerkmal des frühneuzeitlichen Staates? In: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 647–663.

40 Beik: *Absolutism*, S. 195. Stefan Brakensiek: Akzeptanzorientierte Herrschaft. Überlegungen zur politischen Kultur der Frühen Neuzeit, in: Helmut Neuhaus (Hg.): *Die Frühe Neuzeit als Epoche*, München 2009 (*Historische Zeitschrift*, Beiheft 49), S. 395–406.; André Holenstein u. a. (Hgg.): *Policy in lokalen Räumen. Ordnungskräfte und Sicherheitspersonal in Gemeinden und Territorien vom Spätmittelalter bis zum frühen 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2002; Achim Landwehr: *Policy vor Ort. Die Implementation von Policyordnungen in der ländlichen Gesellschaft der Frühen Neuzeit*, in: Karl Härter (Hg.): *Policy und frühneuzeitliche Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 2000, S. 47–70.; André Holenstein: *Empowering Interactions. Looking at Statebuilding from below*, in: Wim Blockmans / André Holenstein / Jon Mathieu / Daniel Schläppi (Hgg.): *Empowering Interactions. Political Cultures and the Emergence of the State in Europe 1300–1900*, London 2009, S. 1–34.

Akteure einbezieht, die nicht Teil der Obrigkeit sind, sich aber um Einflussnahme bemühten.

Nun lehnt Wolfgang Reinhard den Begriff des Aushandelns zur Beschreibung frühneuzeitlicher Fürstenherrschaft kategorisch ab, da dieser Begriff Kommunikation auf Augenhöhe, also von untereinander Gleichrangigen, suggeriere.<sup>41</sup> Eine solche Gleichrangigkeit war selbstverständlich nicht gegeben und soll auch nicht suggeriert werden. Wenn der Begriff der Governance als Beschreibung der Rahmenbedingungen verstanden wird, unter denen sich Steuerungsversuche der unterschiedlichsten Akteure beobachten lassen, dann ist der Blick auf die ungleichen Erfolgchancen von Steuerung notwendiger Bestandteil der Analyse. Gleichwohl bleibt es eine spannende Frage, wie unter den Bedingungen einer frühneuzeitlichen Ständegesellschaft und einer absolutistischen Fürstenherrschaft Steuerungsimpulse z. B. einzelner Universitätsgelehrter erfolgreich sein konnten.

#### 1.4 Fragestellung, Konzeption und Gliederung

Ein wesentliches Thema dieser Arbeit sind die Steuerungsimpulse der unterschiedlichsten Akteure, mit denen auf die Belange der Universität Halle Einfluss genommen werden sollte. Es wird zu fragen sein, welche Akteure sich zunächst an der Gründung und dann an der weiteren Etablierung der Universität beteiligt haben, und welche Akteure dann im Zuge der weiteren Universitätsgeschichte bis 1740 in Berlin (Hof und Zentralverwaltung), in Magdeburg (Sitz der landesherrlichen Regierung im Herzogtum Magdeburg) und in Halle (Universität, Waisenhaus in Glaucha, später auch ein landesherrliches Regiment, städtische Amtsträger und der Rat der Stadt) involviert waren. Statt nach staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren wird zu differenzieren sein zwischen Amtsträgern des Fürsten am Hof und in der Zentralverwaltung, die aufgrund ihrer Ämter mit Angelegenheiten der Universität unmittelbar befasst waren, und anderen Personen im Umfeld des Hofes, die keinerlei Zuständigkeit für die Universität für sich reklamieren konnten, sowie weiteren Amtsträgern – z. B. in Magdeburg – mit oder ohne Zuständigkeit für Universitätsbelange qua Amt. Dazu kommen schließlich die Universitätsgelehrten der Universität Halle sowie alle Universitätsangehörigen, die in den Kommunikationen über die Universität als Akteure in Erscheinung traten.

Des Weiteren geht es um die Impulse selbst, also um alle Arten versuchter Steuerung. Hier stellt sich zuerst die Frage nach den institutionellen Mitteln und Verfahren der

41 Vgl. Wolfgang Reinhard: Staatsbildung durch „Aushandeln?“, in: Ronald G. Asch / Dagmar Freist (Hgg.): Staatsbildung als kultureller Prozess. Strukturwandel und Legitimation von Herrschaft in der Frühen Neuzeit, Köln / Weimar / Wien 2005, S. 429–438; ders.: No Statebuilding from Below! A Critical Commentary, in: Wim Blockmans / André Holenstein / Jon Mathieu / Daniel Schläppi (Hgg.): Empowering Interactions. Political Cultures and the Emergence of the State in Europe 1300–1900, London 2009, S. 299–304.

Hochschulsteuerung: Welche Amtsträger waren offiziell mit den Angelegenheiten der Universität in Halle betraut? Welche Aufgabenfelder waren hierfür definiert worden? Wie war generell das Verhältnis von Landesherrn, Regierung und Universität rechtlich geregelt? Was verraten uns darüber die Statuten der Universität, und wie verhält es sich in der zu beobachtenden Praxis?

Neben der Steuerung seitens der Obrigkeit werden ebenso auch Steuerungsversuche der Universität als Korporation, einzelner Gruppen oder Akteure innerhalb der Universität Halle, oder aber seitens weiterer Personen, die weder der landesherrlichen Regierung noch der Universität angehören, untersucht. Es wird also darauf zu achten sein, dass in der Untersuchung sowohl die top-down als auch die bottom-up-Kommunikation angemessen in den Blick genommen wird.

Unter den Rahmenbedingungen wird zum einen auf institutionelle Entwicklungen einzugehen sein, in denen diese Kommunikation formalisiert und verstetigt wurde, sei es auf der Ebene der Regierung oder auf derjenigen der Universität. Zum anderen werden diejenigen Personenkreise und Netzwerke beachtet werden müssen, die in die Kommunikation eingebunden waren, ohne formal für die Universität zuständig zu sein. Und es wird um die Modi der Kommunikation gehen: Handelt es sich jeweils um Anweisungen und Befehle innerhalb klar definierter Hierarchien, um untertänige Bitten, gleichsam um Suppliken einzelner Gelehrter oder aber der Universität insgesamt als Korporation, um Ratschläge ohne expliziten Verbindlichkeitsanspruch, um Beschwerden an die Regierung oder aber an die Universität? Gerade die Modi der Kommunikation geben Auskunft über den Charakter der Beziehung zwischen Landesherr und Universität, zwischen Herrschaft, Steuerung und Governance.

Und schließlich geht es um die Wirkung der Steuerungsimpulse. Welche Initiativen verliefen im Sand? Welche Akteure konnten sich in Konfliktfällen durchsetzen? Welche Ziele einzelner Akteure ließen sich als Ziele aller Beteiligten festschreiben und verstetigen? Auch wenn die Quellen nur in manchen Fällen Aussagen über diese Fragen zulassen, wird gleichwohl aufgrund dieser Daten ein Bild darüber entstehen, was Hochschulpolitik zu Beginn des 18. Jahrhunderts meinen könnte und was nicht.

Die vorliegende Untersuchung fragt nach den kommunikativen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Universität Halle, den für diese Einrichtung in Berlin zuständigen Amtsträgern sowie allen weiteren Personen, die sich im Verlauf der Universitätsgeschichte darum bemühten, auf deren Entwicklung in der einen oder anderen Weise Einfluss zu nehmen. Dabei folgt sie nicht streng der Chronologie der Ereignisse, sondern behandelt exemplarisch fünf Themenfelder und Problemkreise, an denen sich Fragen der Steuerung besonders anschaulich erörtern lassen.

Zunächst geht es um die Gründung der Universität. Hier wird zu diskutieren sein, welche Absicht der Kurfürst und seine Amtsträger in der Zentralverwaltung eigentlich verfolgten, als sie die Universität Halle ins Leben riefen. Ausgangspunkt für diese Diskussion ist die weiterhin übliche Sichtweise, die Universität Halle sei als Reformuniversität gegründet worden, um sich gegen die bereits bestehenden traditionellen

Universitäten im Alten Reich profilieren zu können, und der Kurfürst sei bei der Gründung der Universität den Vorschlägen von Christian Thomasius gefolgt, der als eigentlicher Universitätsgründer zu gelten habe.

Das Folgekapitel widmet sich insbesondere dem letzten Jahrzehnt des Betrachtungszeitraums, also den 1730er Jahren. Auch hier dient die gängige Sichtweise in der Universitätsgeschichte, die Universität Halle befände sich zu dieser Zeit in der Krise und sei im Verfall begriffen, als Ausgangspunkt für die weitere Diskussion. Grundlage hierfür ist insbesondere eine Untersuchung der zeitgenössischen Kommunikation zwischen Berlin, Magdeburg und Halle in den 1730er Jahren über die Frage, ob die Universität an Renommee eingebüßt habe, woran sich das ablesen lasse – und was dagegen zu tun sei.

Das vierte Kapitel nimmt exemplarisch einige Berufungsverfahren an der Fridericiana in den Blick, um zu untersuchen, wer jeweils darin involviert war, welchen Anteil Amtsträger in Berlin an diesen Verfahren hatten und welche Zielvorstellungen sich mit den Berufungen jeweils verknüpften. Dabei überwiegt der Blick auf die Theologische und auf die Juristische Fakultät.

Universitäten waren und sind insbesondere Konfliktgemeinschaften. Auch wenn stets und von allen Seiten die Notwendigkeit der Einigkeit und der Harmonie beschworen wurde, waren doch Konflikte zwischen den Professoren, zwischen den Fakultäten und zwischen den für die Universität verantwortlichen Amtsträgern eher die Regel als die Ausnahme. Im fünften Kapitel wird die Konfliktodynamik solcher inneruniversitären Auseinandersetzungen anhand dreier prominenter Beispiele untersucht. Zunächst werden Christian Thomasius' Streitigkeiten insbesondere mit den Mitgliedern der Theologischen Fakultät, aber auch mit der Universität insgesamt, betrachtet, um die Frage zu diskutieren, ob Thomasius im Einvernehmen mit seinen Kollegen handelte oder nicht, ob also seine Steuerungsimpulse dem Willen der Universität insgesamt entsprachen. Danach wird anhand der Auseinandersetzungen, die zur Vertreibung von Christian Wolff aus Halle führten, ebenfalls die Frage nach dessen Rückhalt unter seinen Kollegen gestellt, um zu prüfen, ob seine Vertreibung aus Brandenburg-Preußen letztlich auf einen weltanschaulichen Konflikt zwischen Vertretern der Aufklärung und denen des Pietismus zurückzuführen ist. Schließlich werden dann die Streitigkeiten innerhalb der Theologischen Fakultät in den 1730er Jahren behandelt, wobei insbesondere danach zu fragen ist, inwiefern sich die Theologen in Halle als Mitglieder einer pietistischen Partei auffassen lassen. In allen drei Fällen geht es weniger um die hierbei verhandelten Inhalte, also um den materiellen Kern der Auseinandersetzung, sondern insbesondere um die Kommunikation zwischen Halle und Berlin, also um die Frage der politischen Einflussnahme zur Konfliktsteuerung.

Auch das sechste Kapitel befasst sich mit Konflikten und ihrer Dynamik. Hier wird untersucht, wie sich die Universität im städtischen Raum in Halle behaupten musste, in welche Auseinandersetzungen Mitglieder der Universität mit anderen Einwohnergruppen der Stadt verwickelt waren, seien es Stadtbürger oder Soldaten der Garnison, und in welcher Weise dabei auch Berliner Akteure eine Rolle spielten. Gerade der Ver-



gleich von Konflikten der Universitätsgelehrten zum einen mit Mitgliedern der Stadt Halle, zum anderen mit dem in Halle stationierten Regiment und dessen Regimentskommandeur, dem Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau, lassen erkennen, wie unterschiedlich die Erfolgchancen von Steuerungsversuchen von Universitätsmitgliedern bei der Obrigkeit waren, je nachdem, ob Belange des Regiments oder aber Belange der Stadt Halle betroffen waren.